

DIETRICH WAHL

## Das Phaleas-Syndrom: Ringens um wirtschaftliche und politische Gleichheit (Teil 2)

Schon altgriechische und chinesische Philosophen wußten, daß Politik, Moral und Bedürfnisse in einer Gesellschaft mit der Eigentumsordnung zusammenhängen. Friedliches und gerechtes Zusammenleben erfordert Gleichheit der Privatvermögen oder Gemeineigentum. Dieses Grundproblem wird entsprechend der sich wandelnden gesellschaftlichen Strukturen variiert und vertieft. Egalitäre und gemeinwirtschaftliche Konzepte wurden in vormodernen wie modernen Gesellschaften wiederholt praktiziert. Während derartige Versuche im Rahmen ›vormoderner‹ Gesellschaften im ersten Teil dieser Abhandlung dargestellt wurden (vgl. »UTOPIE kreativ«, Heft 119 [September 2000]), stehen im folgenden die ›modernen‹ Gesellschaften im Mittelpunkt.

Die Herausbildung kapitalistischer Gesellschaften ging einher mit grundlegenden Veränderungen gesellschaftlicher Strukturen. Damit stellte sich auch das Phaleas-Syndrom in weiten Teilen auf völlig neue Weise. Ein Indikator dafür waren auch die nunmehr vorgebrachten Argumente der Reichen gegen die Gleichheit des Eigentums.

Der soziale Strukturwandel ist mit qualitativ höheren Stufen der Vergesellschaftung der Produktion verbunden, die ihren Impetus aus der sich beschleunigenden Weiterentwicklung und revolutionären Veränderung der Produktionsmittel erhalten. Beginnend mit der Herausbildung der Manufaktur, über die industrielle Revolution bis zur heutigen Automation und zur ›Informationsgesellschaft‹ wird das arbeitsteilige System mehrfach umgewälzt. Die Produktionseinheiten wie die Konsumenten werden in diesen permanenten Wandlungen in immer neue Stufen der nationalen und internationalen Vernetzung eingebunden. Die Autarkie der agrarischen Familienbetriebe wird aufgelöst und immer mehr Produktionstätigkeiten und Reparaturleistungen werden aus der Familie ausgegliedert. Bäuerliche und handwerkliche Familienunternehmen verlieren an gesellschaftlicher Bedeutung, sowohl in Bezug auf die Zahl der Beschäftigten wie hinsichtlich ihres Anteils am Bruttosozialprodukt. Die bislang höchste Stufe dieser grundlegend neuen arbeitsteiligen Vernetzungen erhielt in unserer Zeit ihr technisches Mittel in der elektronischen Datenverarbeitung und im Internet – ›Informationsgesellschaft‹ und ›Globalisierung‹ sind gegenwärtig in aller Munde.

Eine weitere wesentliche Veränderung beim Übergang zu modernen Gesellschaften stellt die fortschreitende rechtliche Trennung von ökonomischer und politischer Sphäre dar. In der ökonomischen Sphäre wird der Mensch nach seinem Eigentum (Arbeitskraft, Geld, Immobilien) bewertet. In der politischen Sphäre erhielt er in immer mehr Staaten



Dietrich Wahl – Jg. 1929; Prof.i.R., Dr.sc., Philosoph und Wissenschaftsforscher, von 1954 bis 1964 Lehrtätigkeit über Philosophie und Philosophiegeschichte; zwischen 1970 und 1990 Forschungsgruppenleiter am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Spezialgebiet Wissenschaft und Technik in Entwicklungsländern.

ein gleiches Gewicht, zumindest bei Wahlen, in denen die Stimme eines jeden Bürgers gleich gewertet wird.

### *Reformulierungen des Phaleas-Syndroms in der Moderne*

Schon seit den Anfängen der Manufaktur wurde der Ansatz des Phaleas – Eigentumsgleichheit als Grundvoraussetzung gesellschaftlicher Stabilität – wieder aufgegriffen, um Antworten auf die neuen sozialen und politischen Probleme zu finden, so durch *Morus* im 16. Jahrhundert sowie durch *Campanella* und *Winstanley* im 17. Jahrhundert. Die früheren Lösungskonzepte wurden dabei in bedeutsamen Aspekten verändert und bereichert. Die Gleichheit aller Menschen wurde ebenso betont wie das Recht auf Bildung für alle. Forschen und Erfinden begannen als Quelle wachsenden Reichtums eine Rolle zu spielen.

Auf die Fragestellung freilich, was denn vornehmlich zu regulieren sei, Vermögen oder Bedürfnisse, finden wir zwei sehr entgegengesetzte Auffassungen – bei *Campanella* eine Utopie der Ordnung und strengen Zucht, bei *Morus* die Utopie der Freiheit und Selbstverantwortung des einzelnen.<sup>1</sup> Der geistige Horizont agrarisch-manufakturer Produzenten mit überwiegend statischen Ansichten und Annahmen bleibt auch bei *Jean-Jacques Rousseau*, der im 18. Jahrhundert die wohl einflussreichste Utopie der bürgerlichen Gesellschaft verfaßte, noch erhalten. Er sieht den Einstieg in eine Gemeinschaft freier und gleicher Bürger zwar primär in der politischen Ordnung, gegründet auf einen Gesellschaftsvertrag. Aber dabei greift er auch die aristotelische Variante größtmöglicher ökonomischer Gleichheit, die These von der entscheidenden Rolle des Mittelstandes, auf: »daß ferner kein Staatsbürger so reich sein darf, um sich einen andern kaufen zu können, noch so arm, um sich verkaufen zu müssen«<sup>2</sup>.

Grundlegende Reformulierungen finden wir bei den utopischen Sozialisten. *Saint-Simon*, *Owen*, *Fourier* sehen nunmehr in der Industrie den zentralen Bezugspunkt für Eigentum und ›gutes Leben‹ für alle. Das kommt schon in den Titeln ihrer Werke zum Ausdruck: »Über das industrielle System« (*Saint-Simon*), »Die natürliche, wahrhafte und anziehende Industrie« (*Fourier*), »Beobachtungen über die Wirkungen des Manufaktursystems« (*Owen*). Mit dieser Industrieorientierung sind weitere konzeptionelle Innovationen unmittelbar verbunden.

Die Gesellschaft und speziell Eigentumsverhältnisse werden nunmehr *historisch* betrachtet. Die ideale Eigentumsordnung wird nicht als Erfordernis einer statischen Vernunft oder als göttliches Gebot angesehen. Verschiedene Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung schließen auch unterschiedliche Eigentumsformen ein, wobei die sich herausbildende Industrie neue Formen erfordert. Damit liegt der utopische Akzent der Gesellschaftsentwürfe immer weniger auf dem ›Nirgendwo‹ und es tritt das ›Noch-Nicht‹, das erst nur Mögliche, das aber im Kommen ist, deutlicher hervor.

Die *Bedürfnisse* werden nicht mehr normiert und ›gedeckt‹. Bei *Saint-Simon* steht die Freisetzung der menschlichen Leidenschaften und Wünsche ganz im Mittelpunkt seiner theoretischen Konstruktionen. Bei allen Theoretikern dieser Richtung sind Asketismus und rohe Gleichmacherei von der Agenda gestrichen.<sup>3</sup>

Materieller und geistiger Reichtum soll und kann nunmehr allen zugänglich sein. Das wird aus der *steigenden Produktivität* abgeleitet.

1 Vgl. Ernst Bloch: Freiheit und Ordnung. Abriss der Sozialutopien, Leipzig 1987.

2 Jean-Jacques Rousseau: Der Gesellschaftsvertrag oder Grundlagen des Staatsrechts, Rudolstadt 1953, Kapitel 11.

3 Vgl. Karl Marx, Friedrich Engels: Das kommunistische Manifest, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 4, S. 418.

Diese wiederum beruht auf den gewachsenen und weiter wachsenden Erkenntnissen und Erfindungen in Wissenschaft und Technik. Unisono wird damit der aristotelische Einwand von den fehlenden selbsttätigen Werkzeugen als erledigt betrachtet.

*Ökonomische und politische Steuerungen* erscheinen als einheitlicher Prozeß, ausgehend von der Beobachtung, daß nunmehr die Produktion selbst einen kollektiven Charakter angenommen hat.<sup>4</sup>

Im Unterschied zu vielen früheren kommunistischen Modellen sind die drei utopischen Sozialisten ausführlich auf das *Transformationsproblem* eingegangen, auf die Frage, wie und durch wen denn die neue vernünftige und menschenwürdige Gesellschaft zu verwirklichen sei. Freilich finden sich gerade in ihren Vorstellungen über Wege und Subjekte beim Übergang zu einer besseren Gesellschaft mancherlei illusionäre Konstruktionen, denn die industriekapitalistischen Verhältnisse waren noch relativ unentwickelt.<sup>5</sup>

Die für unsere Zeit entscheidenden Reformulierungen des Phaleas-Syndroms sind von *Karl Marx* und *Friedrich Engels* erarbeitet worden. In der Millennium-Umfrage des BBC nach den bedeutendsten Denkern des zu Ende gegangenen Jahrtausends wurde *Karl Marx* auf den ersten Platz gesetzt. Aus den Begründungen von Teilnehmern der Umfrage geht hervor, daß sie *Marx* diesen Rang zuerkennen, weil er am gründlichsten die Produktion und Verteilung gesellschaftlichen Reichtums erforscht und Voraussetzungen für eine gerechte Gesellschaft aufgewiesen hat. Als wichtigste Beiträge von *Marx* und *Engels* zur modernen Ausformung des hier betrachteten Problemkomplexes sind hervorzuheben, daß sie zeigen, daß *Arbeit* – neben der Natur – Quelle allen Reichtums und Grundlage des Menschseins überhaupt ist. Davon ausgehend, unterscheiden sie genau und durchgängig Eigentum an *Produktionsmitteln* und Eigentum an *Konsumgütern*. Damit können sie begründen, warum die Gleichheit in der Stellung zu den Produktionsmitteln weder zu Konsumverzicht noch zu Gleichmacherei führen muß – weder in der Sphäre materiellen Konsums und erst recht nicht in bezug auf die Persönlichkeitsentfaltung. Zugleich zeigt sich als Kernproblem der Eigentumsfrage die *Beziehung von Produzent und Produktionsmittel*. »Eigentum meint also ursprünglich ... Verhalten des arbeitenden ... Subjekts ... zu den Bedingungen seiner Reproduktion oder Reproduktion als der seinen.«<sup>6</sup>

Wesentlich auch für die gegenwärtige Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Zeitgeist ist ein weiterer Aspekt. *Marx* und *Engels* erörtern die Eigentumsfrage im gesamten Reproduktionszusammenhang, also nicht als statische Zuordnung Individuum – Sache oder als bloße Verteilung von Gütern oder Dienstleistungen. »Die Distribution in der flachsten Auffassung erscheint als Distribution der Produkte ... quasi selbstständig gegen die Produktion. Aber ehe die Distribution Distribution der Produkte ist, ist sie: 1. Distribution der Produktionsinstrumente und 2., was eine weitere Bestimmung desselben Verhältnisses ist, Distribution der Mitglieder der Gesellschaft unter die verschiedenen Arten der Produktion.«<sup>7</sup>

Die entscheidenden Steuergrößen für die gesamte gesellschaftliche und individuelle Entwicklung sind also nicht in der Austauschsphäre, nicht im Markt zu suchen, sondern in der Zugriffsmöglichkeit auf die Produktionsmittel.<sup>8</sup> In der gegenwärtigen Phase grundlegender

4 Saint-Simon fordert, »in absolut derselben Weise über Staatsangelegenheiten wie über Angelegenheiten zu beraten, die für den einzelnen von Interesse sind und eine nationale Vereinigung als ein Industrieunternehmen anzusehen, das die Aufgabe hat, jedem Mitglied der Gesellschaft – im Verhältnis zu seinem Einsatz – so viel Wohlstand und Wohlbefinden wie möglich zu verschaffen.« (Claude de Saint-Simon: Ausgewählte Schriften, Berlin 1977, S. 247.)

5 Richard Saage hat in einer Serie in »UTOPIE kreativ« (Heft 89ff.) utopisches Denken seit der Renaissance analysiert und dabei überzeugend Realitätsgehalte und Spekulative unterschieden.

6 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 403; vgl. Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1981, S. 70ff.

7 Ebenda, S. 31.

8 Die Geschichte kennt Produzenten, die individuell oder kollektiv über ihre Produktionsmittel verfügen (Jäger und Sammler der Urgesellschaft, freie Bauern, Handwerker, freie Berufe, Werkätige im Sozialismus, in Genossenschaften, Klöstern, Gemeinschaftshöfen), Besitzer von Produktionsmitteln, die nicht selbst produzieren (Sklavenhalter, Feudalherren, Kapitaleigner), Eigentümer von Arbeitskraft ohne Besitz an Produktionsmitteln (Arbeiter und Angestellte), Menschen, die weder über ihre eigene Arbeitskraft noch über Produktionsmittel frei verfügen können (Sklaven, Leibe-

gene). Die reale Verfügung der Produzenten über ihre Produktionsmittel ist offensichtlich wesentliches Merkmal stabiler, gerechter, brüderlicher Gesellschaften und zugleich Grundlage für die Persönlichkeitsentfaltung.

9 Vgl. Alvin und Heidi Toffler: Überleben im 21. Jahrhundert, Stuttgart 1994; Alfred Zanker: In der Weltwirtschaft stehen alle Zeichen auf Wachstum, in: Die Welt, vom 3. Januar 2000; Ulrich Klotz: Die Machtverteilung in den Betrieben wird sich verändern, in: VDI nachrichten vom 10. Dezember 1999.

10 Vgl. Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, S. 19ff.; Ders.: Das Kapital, Dritter Band, in: MEW, Bd. 25, S. 828; Friedrich Engels: Anti-Düring, in: MEW, Bd. 20, S. 264; Karl Marx: Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 552; Ders.: Theorien über den Mehrwert, in: MEW, Bd. 26.3, S. 252f.

11 Vgl. Karl R. Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd.1, Tübingen 1992, S.104ff.

12 Vgl. Robert Kurz: Schwarzbuch des Kapitalismus, Frankfurt/M. 1999; Gruppe KRISIS: Manifest gegen die Arbeit, Juni 1999. Peter Ruben kritisiert Kurz' Auffassungen zu Recht, setzt ihnen aber eine analoge Einseitigkeit entgegen, die ›Restitution des persönlichen Produktivvermögens‹ im Sinne der ›Gemeinschaft‹ wie sie Tönnies von der ›Gesellschaft‹ unterscheidet (vgl. Peter Ruben: Der moderne Kommunismus und die soziale Frage. Reihe ›Philosophische Ge-

Umstrukturierung der technologischen Basis gesellschaftlichen Lebens, die oft verkürzt als ›Informationsgesellschaft‹ bezeichnet wird, gibt es gewiß neue Beziehungen zwischen Mensch, Produktionsmitteln, zwischen Arbeitsteilung und Eigentumsformen, die intensiver Untersuchung bedürfen. Das Problem der Eigentums(un-)gleichheit wird durch diese neuen Beziehungen sicher nicht aufgelöst, wie manche verkünden.<sup>9</sup>

Die Frage der Bedürfnisbestimmung (oder ›Regulierung der Begierden‹, wie es *Phaleas* formulierte) haben *Marx* und *Engels* in zweierlei Hinsicht neu durchdacht. Zum einen betonen sie, daß ein gleicher Zugang zu *Konsumgütern* für alle erst dann möglich wird, wenn Überflußproduktion erreichbar ist. Solange dies nicht der Fall ist, müsse das Leistungsprinzip weiter gelten; der ›bürgerliche Rechtshorizont‹ könne nicht verlassen werden. Zum anderen unterscheidet *Marx* zwischen dem *Reich der Notwendigkeit* und dem *Reich der Freiheit*, die sich in allen Gesellschaften überlagern. Der Stoffwechsel der Menschen mit der Natur, die produktiven Tätigkeiten werden stets mit bestimmten Notwendigkeiten, Normen, Zwängen, Allgemeinheiten verbunden sein. Die menschliche Kraftentwicklung als Selbstzweck beginnt erst jenseits davon, wenn auch auf der Produktivität aufbauend, in Muße oder Freizeit. Die Verkürzung des Arbeitstags wird damit zum bedeutungsvollen Qualitätsmerkmal gesellschaftlichen Fortschritts und menschlicher Freiheit.<sup>10</sup> Mit diesen Orientierungen ist auch der von *Popper* immer wieder erhobene Einwand gegen gemeinwirtschaftliche Gesellschaften – sie seien notwendig ein Modell früher Stammesgesellschaften mit ihrer rigiden Reglementierung des einzelnen<sup>11</sup> – abgewiesen.

*Marx'* und *Engels'* Beitrag zur Bewältigung des Phaleas-Syndroms kulminiert in der Feststellung: Erst mit der Industrialisierung wird die Organisation großer Produktionseinheiten zu der weitgehend bestimmenden Quelle von Produktivität (Arbeitsteilung, Koordinierung, Standardisierung, Normierung etc.) Damit ist zugleich ein *Widerspruch* zwischen *vergesellschafteter Produktion* und *privater Verfügung über die Produktionsmittel* entstanden, denn nunmehr bestimmen Privateigentümer über die gesellschaftlichen Ressourcen ohne wirksame Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten der betroffenen Nichteigentümer. Die Verbindung von Produzenten und Produktionsmitteln erfordert von diesem Zeitpunkt an, daß Gemeineigentum auf großer Stufenleiter gesellschaftlich bestimmend wird und die Phaleas-Aristoteles-Variante von der Gründung der Gesellschaft auf etwa gleichmächtige kleine Produktionseinheiten als grundsätzliche Lösungsmöglichkeit ausscheidet. Anders gesagt: Die Lösung kann nicht mehr in einer gerechteren Klassengesellschaft, sondern nur in einer klassenlosen Gesellschaft gesucht werden. Es scheiden auch andere Versuche aus, die anzustrebende Vereinigung von Arbeitenden und Produktionsmitteln *unmittelbar* und kurzschlüssig, ohne irgendwelche vermittelnden Instrumente und Institutionen wie Geld, Preise, Markt, Rechnungswesen, Staat, Verwaltung u.ä., herzustellen.<sup>12</sup> Seit dem Eintritt in das dritte Jahrtausend ist unsere individuelle Entfaltung und Selbstverwirklichung endgültig mit einer »globalen Fernwirkungsverflechtung«<sup>13</sup> verbunden und dafür gilt es gleichermaßen die politischen, rechtlichen und moralischen Formen zu finden.

Im 20. Jahrhundert sind weitere Aspekte des Phaleas-Syndroms bewußt geworden. Dafür sind unter anderem die Arbeiten von *Ulrich*

*Beck* repräsentativ.<sup>14</sup> *Beck* hat sowohl die fehlenden gesellschaftlichen Kontrollmöglichkeiten für die bestimmenden Entscheidungen zur Produktion unter aktuellen Bedingungen verdeutlicht. Er zeigt auch, daß weitere gesellschaftliche Risiken und Bedrohungen für die Menschheit aufgetreten sind, die die Frage dringender denn je machen, wer und was eigentlich die gesellschaftliche Entwicklung bestimmt. Zu diesen neuen Erscheinungen zählen die Umweltproblematik, die Gefährdung unserer Gesundheit durch moderne Technologien, die fortschreitende Individualisierung und die kulturellen Risiken von Medien in Privat-hand. Weniger als jemals zuvor geht es bei der Gerechtigkeit allein um die Verteilung der materiellen Güter und um *Einkommensangleichung*.

Zu überdenken ist auch, daß die kapitalistische Produktion mit privatem Besitz an Produktionsmitteln zu einer rasanten Erzeugung von Scheinbedürfnissen, zur Verschwendung, zur Überflußgesellschaft<sup>15</sup> führt. Die wachsende Umweltbelastung brachte viele Bürger zu der Erkenntnis, daß nur ein Teil des im Bruttosozialprodukt gemessenen Produktionsaufkommens dazu dient, die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Legt man den »Index of sustainable economic welfare« (ISEW – »Index nachhaltigen Wohlstands«) zugrunde, dient heute nur etwa ein Drittel der im Bruttosozialprodukt erfaßten Aktivitäten zur Befriedigung humaner Bedürfnisse.<sup>16</sup> Die Umweltproblematik regte viele dazu an, die »Regelung der Begierden« wie bei *Phaleas* wieder ernst zu nehmen. Bis hin zum derzeitigen US-Vizepräsidenten *Al Gore*<sup>17</sup> gibt es eine Fülle von beschwörenden »Rufern«, die zur individuellen Besinnung und Umkehr mahnen – verbunden mit der Illusion, daß ohne eine neue Gestaltung des Eigentums an den Produktionsmitteln eine alternative Entwicklung möglich sei. Denn es wird in der Regel nicht reflektiert, daß die überzogenen und unkontrollierten Konsumbedürfnisse selbst Produkt der bestehenden Gesellschaft sind und im Interesse der Kapitaleigner der Profitmaximierung unterliegen.

Eine andere Qualität haben die Vorstellungen des *Club of Rome*, die zwar auch nicht auf Gemeinschaftseigentum an Produktionsmitteln orientieren, aber explizit der marktwirtschaftlichen Ideologie entgegengetreten und eine entschiedene Einflußnahme von Politik auf Verteilung und Nutzung von Eigentum an Produktionsmitteln für erforderlich halten.<sup>18</sup>

### *Zweifel und Gegenargumente aus der Perspektive der Reichen*

Den neu entstandenen Produktionsweisen und den Reformulierungen des Phaleas-Syndroms in der Moderne stehen natürlich auch aktualisierte und grundlegend neue Einwände und Tabuisierungen entgegen. Im wesentlichen gelten noch heute jene Bestimmungen aus dem 17. Jahrhundert, mit denen die heraufkommende Bourgeoisie ihr neues Eigentumsverständnis ausdrückte – besitzindividualistisch, marktwirtschaftlich, leistungsgesellschaftlich.

*Besitzindividualismus* meint: Die herrschenden Theorien über das Eigentum gehen nunmehr davon aus, daß Vermögen dadurch entstand, daß einzelne sich die vorhandenen Naturgüter zugeordnet haben – durch Okkupation (*Grotius*), Vertrag (*Hobbes*) oder Bearbeitung (*Locke*). Entgegen der tatsächlichen historischen Entwicklung, in der zuerst Gruppen (Familien, Horden, Stämme) sich Grund und Boden

sprache«, Helle Panke, Berlin 1999). Dort unterscheidet er Eigentum an Produktionsmitteln, an Arbeitsvermögen und an konsumtiven Produkten und Leistungen nicht. Dies ist wohl der Ausgangspunkt dafür, daß auch er Marx' Forderung, in aufeinanderfolgenden Entwicklungsstufen die »forces propres« als gesellschaftliche Kräfte zu erkennen und zu organisieren und die Überwindung des Privateigentums an *Produktionsmitteln* nicht zusammen denken kann.

13 Hans Lenk: Verantwortung in, für, durch Technik, in: W. Bungard, H. Lenk: Technikbewertung, Frankfurt/M. 1988, S. 64.

14 Vgl. Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986.

15 Vgl. John K. Galbraith: Gesellschaft im Überfluß, München, Zürich 1959.

16 Vgl. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Amory B. Lovins, L. Hunter Lovins: Faktor vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch, München 1991, S. 303.

17 Vgl. Al Gore: Wege zum Gleichgewicht – ein Marshallplan für die Erde, Frankfurt/M. 1992.

18 Vgl. Alexander King, Bertrand Schneider: Die globale Revolution. Bericht des Rates des Club of Rome, Frankfurt/M. 1992.

19 Vgl. Crawford B. Macpherson: Die politische Theorie des Besitzindividualismus, Frankfurt/M. 1967, S. 13ff.

20 Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 2, Stuttgart 1980, S. 175.

21 Vgl. etwa den symbolischen Tausch oder die den Mangel nicht kennende ›Ökonomie der Verausgabung‹ bei Baudrillard oder die Ökonomie des Wunsches bei Lyotard.

oder Tiere und Pflanzen *gemeinsam* angeeignet haben und erst später sich privates Eigentum an Produktionsmitteln herausbildete, behaupten diese Theorien, daß Privateigentum zeitlich und logisch vor der Gemeinschaft existiert (zuerst ist Robinson, dann erst die ›Klassengesellschaft‹ Robinson und Freitag). Das Wesen des Menschen sei die Freiheit von allen vertraglichen Bindungen gegenüber anderen, soweit sie nicht dem eigenen Interesse dienen. Die Gesellschaft ist nichts weiter als ein Geflecht von Marktbeziehungen freier Individuen, die der Gesellschaft nichts schulden.<sup>19</sup> Die Einheit von Rechten und Pflichten in der Gesellschaft ist von der Wurzel her ebenso aufgekündigt wie die Beziehung von Vermögen zu Gebrauchswerten und Tugenden. Das Pendant zu dieser Sichtweise ist die Verdinglichung von Eigentumsverhältnissen. Eigentum wird nicht als Beziehungsgeflecht zwischen Menschen angesehen, sondern klebt den Dingen selbst an, wofür die ›trinitarische Formel‹ das bekannteste Beispiel abgibt. Sie ist im Allgemeinbewußtsein fast allgegenwärtig, denn ›Kapital‹ wird von der Mehrzahl der Menschen nach wie vor nicht als gesellschaftliches Verhältnis begriffen, obwohl auch in seriösen Standardwerken der Sozialwissenschaften zu lesen ist: »Insoweit ist Eigentum ein Geschöpf des Rechts und der Politik.«<sup>20</sup>

Mit dem Besitzindividualismus wird das Streben nach Privateigentum – ohne Unterscheidung von Produktionsmitteln und Konsumgütern – zur Natur des Menschen erklärt. Sozialistische Versuche widersprechen daher der Natur des Menschen und sind dementsprechend unrealisierbar – es sei denn, man wendet Macht gegen die Mehrheit der Menschen an und schaffe mit Gewalt einen ›neuen Menschen‹. Privates Vermögen wird in diesem Kontext verstanden und empfunden als Panzer des Individuums gegen die Begehrlichkeiten der anderen Individuen und auch gegen die des Staates. Diesem Staat obliegt also nicht mehr, eine gerechte Verteilung von Eigentum zu sichern, sondern das individuelle Eigentum zu schützen. Der Aspekt der individuellen und uneingeschränkten Verfügungsgewalt über Eigentum tritt in den Vordergrund. Somit liefert der Besitzindividualismus sogleich die theoretische Rechtfertigung der Unterscheidung von ›homme‹ und ›citoyen‹, von wirklicher und allegorisch-moralischer Person, die *Marx* als einen Grundzug kapitalistischen Denkens erkannt hat.

In Weiterführung dieser Gedankenlinie wurde zweierlei gefolgert: Gleichheit oder gar Gemeinschaftlichkeit von Eigentum tötet die Individualität und jeder Eingriff des Staates oder anderer Gemeinschaften in Eigentumsrechte und in individuelle Verhaltensweisen überhaupt, schließlich alle Normbildungen, haben die gleichen individualitätsfeindlichen Effekte. Insbesondere *Max Stirner* und *Friedrich Nietzsche* haben dies ausgeführt. Dabei wird deutlich, daß die Prämisse der Gleichheit aller Menschen, die den Theorien des Besitzindividualismus ursprünglich zugrunde lag, aufgegeben wird und nunmehr individuelle Freiheit (wieder) mit der ökonomischen Ungleichheit (und damit Unfreiheit anderer) kompatibel erscheint, sie sogar zur Voraussetzung habe.

Aktuelle Ausprägungen dieser Argumentationslinie sehe ich in der Totalitarismus-Theorie und in politökonomischen Konzepten postmoderner Philosophen<sup>21</sup>.

*Marktwirtschaft* meint: Die klassische bürgerliche Ökonomie und die mit ihr verknüpfte politische Theorie des Liberalismus betrachten

die Gesellschaft als ein sich selbst regulierendes System, dessen zentrale Elemente Privateigentümer und dessen Regulationsmechanismus der Markt ist. Wie *Platon* und *Aristoteles* ist *Adam Smith* davon ausgegangen, Arbeitsteilung sei ein wesentliches Merkmal menschlichen Zusammenlebens. Während die antiken Philosophen nun nach politischen, ökonomischen und moralischen Regeln suchten, die ein harmonisches, brüderliches Zusammenwirken in der arbeitsteiligen Gesellschaft sichern können, geht *Smith* einen anderen Weg. »Nicht von dem Wohlwollen des Fleischers, Brauers oder Bäckers erwarten wir unsere Mahlzeit, sondern ihrer Bedachtnahme auf ihr eigenes Interesse. Wir wenden uns nicht an ihre Humanität, sondern an ihre Eigenliebe, und sprechen ihnen nie von unseren Bedürfnissen, sondern von ihren Vorteilen. ... Dann lebt jeder vom Tausch, oder wird gewissermaßen ein Kaufmann, und die Gesellschaft selbst wird eigentlich eine Handelsgesellschaft.«<sup>22</sup> Die Menschen treten sich primär als Marktteilnehmer gegenüber und dieser Markt hat heilsame Wirkungen in mehrfacher Hinsicht. Er treibt den Fleiß und die Innovationsbereitschaft der Marktteilnehmer an. Er stellt immer wieder das Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot her. Er koordiniert die Pläne und Tätigkeiten der Bürger. Er sorgt dafür, daß der Egoismus des einzelnen transformiert wird in allgemeines Wohl.<sup>23</sup> Also bedarf es keines Staates, keiner politischen Aktion, um soziale Gerechtigkeit und Gleichheit zu bewirken. Der Staat kann sich nunmehr darauf beschränken, die Funktion der Märkte zu gewährleisten. »Wettbewerb auf den Produktmärkten und offener Handel sind von wesentlicher Bedeutung für die Stimulierung von Produktivität und Wachstum. Aus diesem Grund sind Rahmenbedingungen, unter denen ein einwandfreies Spiel der Marktkräfte möglich ist, entscheidend für wirtschaftlichen Erfolg und ... Beschäftigungspolitik.«<sup>24</sup> Als wesentlicher Vorteil von »Marktwirtschaft« wird die dezentrale Entscheidungsfindung – letztlich durch den einzelnen – aus eigener und freier Einsicht in die Marktsituation herausgestellt. Das mache sie dem vergesellschafteten Eigentum so überlegen.<sup>25</sup>

Natürlich ist nicht zu übersehen, daß diese Beschreibung von Marktwirtschaft auf einer Reihe von Voraussetzungen beruht, die in der Realität kapitalistischer Verhältnisse nicht gegeben sind. Dort gibt es die Gleichmächtigkeit der Marktteilnehmer nicht – weder in quantitativer Hinsicht (Geldwert seines Eigentums) noch in qualitativer (Besitzer von Produktionsmitteln und die von Arbeitskraft sind auf dem Markt in völlig ungleicher Position).

Daher wurde im 20. Jahrhundert das Konzept der *sozialen* Marktwirtschaft entwickelt. Sie könne die Auswüchse wirtschaftlicher Macht etwa bei Großunternehmen und Monopolen sowie die offensichtlichen »Gerechtigkeitslücken« durch kleindosierte staatliche Eingriffe in Verteilungsprozesse und durch staatlich kontrollierte Versicherungen gegen die spezifischen Risiken der abhängig Beschäftigten (Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit, Krankheit und Alter) zumindest mildern. Zum sozialstaatlichen Repertoire soll auch die Förderung der Vermögensbildung zählen – alle könnten so schrittweise zu vermögenden Marktteilnehmern, zu gleichgewichtigen Bourgeois werden.

Schließlich wird argumentiert, es bestehe eine moralisch fundierte und rechtlich fixierte Sozialpflichtigkeit des Eigentums<sup>26</sup> und die reiche aus, um grobe soziale Ungerechtigkeit zu verhindern.

22 Zitiert nach Christoph Helferich: *Geschichte der Philosophie*, München 1999, S. 210 (man beachte die diametral entgegengesetzte Bewertung des Handels bei Aristoteles und Adam Smith.)

23 Vgl. Bernard Mandeville: *Die Bienenfabel*: »So klagt denn nicht: für Tugend hat's/ in großen Staaten keinen Platz./ Mit möglichstem Komfort zu leben/ im Krieg zu glänzen und doch streben/ von Lastern frei zu sein wird nie/ was andres sein als Utopie./ Stolz, Luxus und Betrügerei/ muß sein, damit ein Volk gedeih.«

24 Das ist freilich kein Zitat von Adam Smith, sondern stammt aus dem Papier »Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair«, Abschnitt III.

25 Dies Argument beißt sich mit der Tatsache, daß kapitalistische Konzerne Verfügungsgewalt über hochvergesellschaftete, weltweit organisierte Wirtschaftsgebilde haben und sie nicht selten zentral gesteuert effizient führen. Sie organisieren Produktivvermögen in einem Umfang, der oft den Nationalreichtum der meisten heutigen Staaten übersteigt.

26 Vgl. Jürgen Schulz: *Eigentum verpflichtet ... zu nichts*, Stuttgart 1992; Viviane Forrester: *Der Terror der Ökonomie*, Wien 1997.

*Leistungsgesellschaft* meint: Nur eine auf Privateigentum ausgerichtete Gesellschaft mit ihrem Konkurrenzkampf könne die Leistungsantriebe sichern, die zu Effektivitätssteigerung und Wachstum führen und den einzelnen zu Verantwortung und Anstrengung führe und zwingt. Eine spezielle Ausformung leistungsgesellschaftlicher Ideologie ist die Managertheorie, die behauptet, daß die entscheidende Steuerung in der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr von den Eigentümern ausgeht, sondern von den Managern. Sie seien heute die entscheidenden ›Leistungsträger‹. Damit sei die soziale wie die politische Bedeutung der Eigentumsfrage im Schwinden begriffen.

Es kann hier keine detailliertere Auseinandersetzung mit den genannten Theoremen, die heute im ›Neoliberalismus‹ aktualisiert und zusammengeführt sind, geleistet werden. Es sei aber hervorgehoben, daß ein Tenor der Einwände gegen die Kerngedanken des *Phaleas* seit der Herausbildung der kapitalistischen Gesellschaft immer mehr hervortritt: Rechtliche und politische Gleichheit der Menschen und Gerechtigkeit in ihren Beziehungen sind auch ohne ökonomische Gleichheit möglich. Politische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erscheinen so abgekoppelt und unabhängig von wirtschaftlicher Demokratie. Dabei oszillieren die Apologien des Privateigentums an Produktionsmitteln zwischen drei Varianten: Gemeineigentum sei nicht erforderlich, sei inhuman/totalitär oder/und ineffektiv. Grundlegende Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse seien nicht erforderlich, weil die Marktwirtschaft die Bedürfnisse der Menschen immer besser befriedigt. Sie seien inhuman, weil stets mit Diktatur verbunden. Sie führen zur ökonomischen Ineffizienz, weil Leistungsantriebe wegfallen. Aus allen drei Gründen sei es vorzuziehen, die mit der kapitalistischen Marktwirtschaft verbundenen Übel in Kauf zu nehmen.

#### *Ansätze und Versuche*

Bei den modernen Ansätzen und Versuchen egalitären Wirtschaftens können grob genossenschaftliche und gesamtgesellschaftliche Formen unterschieden werden. Genossenschaftliche Ansätze werden hier die genannt, die eine Gemeinwirtschaft im Rahmen relativ kleiner, lokaler Produktionseinheiten organisieren wollen. Von besonderem Interesse sind jene genossenschaftlichen Lebensgemeinschaften, die auf der Grundlage moderner Reformulierungen des *Phaleas*-Syndroms gegründet wurden. Ihr Anliegen besteht darin, alle wesentlichen sozialen Aktivitäten der Mitglieder im Rahmen der Lebensgemeinschaft zu gestalten und zu verantworten – Produktion und Konsumtion, Kindererziehung, Ausbildung, Gemeinschaftsleben und Kultur, Gesundheitspflege und Altersfürsorge. In Betracht zu ziehen sind zunächst die (seit 1812) von *Robert Owen* und seinen Nachfolgern gegründeten Produktions- und Lebensgemeinschaften. Im 20. Jahrhundert spielten drei agrarisch orientierte Typen von Kommunen eine bedeutende Rolle in nationalen Umwälzungen – die *Ashrams* und Dorfgemeinden von *Mahatma Gandhi*, die *Volkskommunen* unter *Mao Tse Tung* und die *Kibbuzim* in Israel.

Ferner muß an die Kommunen der ›68er‹ gedacht werden, und die Neugründungen in der BRD etwa von *Fritz Vilmor* (ÖKOLEA) oder von *Rudolf Bahro* (Gut Pommritz in Sachsen) wären in den Blick zu nehmen.



Weltpolitischen Einfluß hat seit 1917 die Bildung von Staatswesen, in denen Gemeineigentum vorherrscht. Dabei waren und sind deutliche Unterschiede in der ökonomischen, rechtlichen und politischen Steuerungsweise dieses Gemeineigentums zu erkennen, insbesondere zwischen dem zentralstaatlichen Modell der Sowjetunion und in den nach 1945 entstandenen europäischen sozialistischen Staaten, dem am Syndikalismus orientierten Modell Jugoslawiens und den Entwicklungen in China.

In China waren anfangs auch die Industriebetriebe nach dem Grundbauplan der Volkskommunen organisiert. Jeder Bürger war so einer ›Einheit‹ zugeordnet, die ihn wie in einer großen Familie auf dem Lebensweg mitnahm und sicherte.

Die genannten genossenschaftlichen Lebensgemeinschaften führen heute ein marginales Dasein. In den Kibbuzim leben heute noch knapp drei Prozent der Bevölkerung Israels, die gandhistische Bewegung spielt in Indien praktisch keine Rolle mehr. Andere sind ganz verschwunden. Die Volkskommunen in China sind aufgelöst, wobei Grund und Boden Volkseigentum bleiben und von den Bauernfamilien für 99 Jahre gepachtet werden können.

#### *Scheitern warum?*

Es stößt sicher auf weitverbreitete Zustimmung, daß genossenschaftliche Ansätze von *Owen* bis *Mao Tse Tung* und den Kibbuzim vor allem aus zwei Gründen sich nicht dauerhaft durchsetzen, obwohl die humane Qualität dieser Lebensformen offensichtlich und anerkannt ist. Zum einen sind sie prinzipiell noch dem früheren agrargesellschaftlichen Horizont verhaftet und können so den hoch vergesellschafteten und dynamischen Produktions- und Lebensmöglichkeiten der Moderne nicht gerecht werden. Damit verbunden sind Züge der Gleichmacherei, der Konsumnivellierung sowie enge Tätigkeitsprofile, die Leistungsstreben mindern und unattraktiv insbesondere für junge Menschen sind.<sup>27</sup>

Der Zusammenbruch der ›realsozialistischen‹ Staaten in Europa wird noch lange die politischen und weltanschaulichen Diskurse beherrschen. Im Grundlegenden stehen sich zwei Positionen gegenüber. Die einen sehen in diesem Scheitern den endgültigen Beweis, daß Gemeinwirtschaft nicht funktionieren kann.<sup>28</sup> Die anderen machen bestimmte historische Situationen und spezifische politische Fehler und Verfehlungen verantwortlich. Die Vertreter der ersten Position meinen ihre ablehnende Haltung zur Therapie mit gesellschaftlichem Eigentum nunmehr auch empirisch begründen zu können. Dabei können sie tatsächlich auf viele Fakten verweisen. *Stirner* und *Nietzsche* hatten sich ebenso wie der frühe *Popper* in beschwörenden Warnungen vor egalitären und sozialistischen Experimenten vor allem auf Schlußfolgerungen aus eigenen Prämissen und auf die Schilderung rigider utopischer Entwürfe etwa in *Platons* »Staat« oder *Campanellas* »Sonnenstaat« berufen müssen. Nunmehr kann man auf ein umfangreiches Faktenmaterial von Repressionen und Menschenrechtsverletzungen, von obrigkeitlicher Reglementierung von Bedürfnissen und Geschmack, von Unterdrückung öffentlicher Diskussionen und auf Defizite in der Lebensqualität in sozialistischen Ländern verweisen. Damit scheinen sowohl der Totalitarismuskritik als auch der Ineffizienz Vorwürfe bewiesen.

27 Vgl. etwa Gisela Dachs: Der Kibbuz, einst Stolz Israels, steckt in der Krise, <http://service.ecce-terram.de/zeitarach.../kibbuz.text.19980129.htm>); Israel. Leben im Kibbuz, [http://bildung.swf.de/sf/begleit/bg\\_is.htm](http://bildung.swf.de/sf/begleit/bg_is.htm)).

28 »Der utopische Rationalismus ist selbstzerstörerisch. Einerlei wie hochherzig seine Ziele sind, er bringt kein Glück, sondern einzig das bekannte Elend, zu einem Leben unter der Tyrannei verurteilt zu sein.« – Karl Popper: Utopie und Gewalt, in: Arnhelm Neusüss (Hrsg.): Utopie, Begriff und Phänomen des Utopischen, Frankfurt/M., New York 1986, S. 321. 1992 verkündete Francis Fukuyama in dem Bestseller »Das Ende der Geschichte«: Die Geschichte ist zu Ende, denn der Kapitalismus hat endgültig über alle ideologischen Systeme gesiegt. Der Kommunismus hat nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen versagt, sondern auch, weil seine diktatorischen Strukturen die Würde des Menschen verletzt haben und er – vergeblich – die Natur des Menschen verändern wollte (vgl. auch: Helmut Jenkis: Sozialutopien – barbarische Glücksverheißungen?, Berlin 1992).

29 Vgl. John K. Galbraith: Die Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Hamburg 1995; Eric Hobsbawm: Das Jahrhundert der Extreme. Die Geschichte des kurzen 20.

Jahrhunderts, München 1998; Gerold Ambrosius, Wilhelm H. Hubbard: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im 20. Jahrhundert, München 1986.

30 Man vergleiche etwa das Schröder-Blair-Papier mit den Aussagen zur Wirtschaftsdemokratie bei linken Sozialdemokraten, die drei strategische Ziele benennen: gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung, Kontrolle wirtschaftlicher Macht einschließlich Teilsozialisierung, Mitbestimmung oder Selbstbestimmung auf allen Ebenen der Wirtschaft (vgl. Fritz Vilmor, Karl-Otto Sattler: Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeit, Köln 1973, S. 53).

31 Die ganze Argumentation lautet: »Vor allem konstatieren wir die Tatsache, daß die sogenannten Menschenrechte, die *droits de l'homme* im Unterschied von den *droits du citoyen* nichts anderes sind als die Rechte des *Mitglieds der bürgerlichen* Gesellschaft, d. h. des egoistischen Menschen, des vom Menschen und vom Gemeinwesen getrennten Menschen. ... Das Menschenrecht des Privateigentums ist also das Recht, willkürlich, ohne Beziehung auf andre Menschen ... sein Vermögen zu genießen und über dasselbe zu disponieren. ... Endlich gilt der Mensch, wie er Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft ist, für den *eigentlichen* Menschen, für den *homme* im Unterschied von dem *citoyen*, ... der ... nur der abstrahierte, künstliche Mensch ist, der Mensch als *allegorische, moralische* Person.« – Karl Marx: Zur Judenfrage, in: MEW, Bd. 1, S. 364 und 370.

Eine differenzierte Sicht auf das Entstehen und Vergehen realsozialistischer Staaten ist zweifellos notwendig, um schonungslos und spezifiziert die Fehleinschätzungen und die Verfehlungen zu erkennen, die zum ruhmlosen Untergang führten. Es kann gar nicht darum gehen, die Defizite in den sozialistischen Ländern zu leugnen. Es bleibt abzuweisen, alle diese Defizite seien *notwendige Folge* von Gemeineigentum. So war offensichtlich eine wesentliche Ursache für das Scheitern der realsozialistischen Staaten in Europa die Unterschätzung der politischen Demokratie, die Aushöhlung ihrer Institutionen und die Verletzung politischer Menschenrechte. Diese können schon deswegen nicht als Grundmerkmale einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung dargestellt werden, weil es eine ausgereifte, auf allen Errungenschaften der neu entstandenen kapitalistischen Industriegesellschaften aufbauende neue Gesellschaftsformation nicht gab. Wohl aber lassen sich diese Verwerfungen aus bestimmten historischen Situationen in Übergangszeiten erklären – zumindest wäre in Betracht zu ziehen: die Entstehung des »sowjetischen Modells« in einem Agrarland, in einer Gesellschaft ohne demokratische Traditionen, in einem Zustand der Belagerung und der Aggression durch kapitalistische Staaten. Dann zeigt sich übrigens, gewissermaßen aus der umgekehrten Perspektive als bei den Sirenenklängen der Marktwirtschaftsdogmatiker, daß Wirtschafts- und politische Demokratie nur als Einheit zu realisieren sind. Wenn Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum sind, wachsen offensichtlich die Anforderungen an das politische System in dem Maße, wie die arbeitsteiligen Entwicklungen an Komplexität und Offenheit gewinnen.

Komplexe Analysen zeigen auch, ein durchgängiger und wesenseigener Verfall an Effizienz und Produktivitätswachstum kann sozialistischen Ländern redlicherweise nicht zugeschrieben werden.<sup>29</sup>

Die skizzierten Entwicklungen verweisen darauf, daß der Ansatz des *Phaleas* und ihre Konkretisierungen in den vergangenen 2500 Jahren aktuell und konstruktiv geblieben sind, und zwar aus zweierlei Perspektive: Einmal ist Ungleichheit des Eigentums heute mit drastischen gesellschaftlichen Verwerfungen verbunden, als sie *Phaleas*, *Platon* und *Aristoteles* kannten, und zum zweiten ist eine unumstößliche Widerlegung der humanen Qualität von Gemeineigentum an Produktionsmitteln nicht gegeben. So kann als eine Art Lakmusest gelten, wenn man politische Konzeptionen danach befragt, ob sie die Frage nach dem Eigentum an Produktionsmitteln stellen oder verdrängen.<sup>30</sup>

Die geistigen Anstrengungen wären darauf zu konzentrieren, wie, mit wem und in welchen Schritten die Einheit von ökonomischer und politischer Demokratie zu verwirklichen ist. Die Fragen der Transformation sind unsere zentrale Herausforderung, denn die Herausbildung einer gemeinwirtschaftlichen Gesellschaft bleibt auf der Tagesordnung. »Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und ... in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, *Gattungswesen* geworden ist, erst wenn der Mensch seine »forces propres« als *gesellschaftliche* Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der *politischen* Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.«<sup>31</sup>